Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2849

14. 05. 79

Sachgebiet 9026

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (14. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Häfele, Windelen, Dr. Jobst, Frau Hoffmann (Hoya), Dr. Möller, Dr. Friedmann und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 8/2311 —

Senkung von Fernmeldegebühren

A. Problem

Die Deutsche Bundespost erwartet für das Rechnungsjahr 1979 einen Gewinn von 2,053 Mrd. DM, der hauptsächlich durch die Überschüsse im Fernmeldewesen zustande kommt. Nach dem Antrag sollen die Gebühren im Fernmeldedienst herabgesetzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt. Die Fraktionen der SPD und der FDP erwarten im Herbst dieses Jahres, wenn die Haushaltsentwicklung überschaubar ist, einen Bericht der Bundesregierung, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zur Gebührensenkung dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost vorgeschlagen werden sollen.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die CDU/CSU-Fraktion besteht auf unveränderter Annahme des Antrages.

D. Kosten

entfallen

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 8/2317 — abzulehnen.

Bonn, den 14. März 1979

Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Lemmrich	**Wuttke**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wuttke

Der in Drucksache 8/2311 enthaltene Antrag wurde in der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 1979 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen federführend sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. März 1979 behandelt.

Nach dem Voranschlag (Haushaltsplan) für das Rechnungsjahr 1979 erwartet die Deutsche Bundespost einen Gewinn von 2,053 Mrd. DM, der hauptsächlich durch Überschüsse im Fernmeldewesen zustande kommt. Bei diesem Betrage sind bereits Ablieferungen an den Bund von 2,4 Mrd. DM sowie erhebliche Rücklagen, Abschreibungen und Rückstellungen berücksichtigt. Die Antragsteller vertreten die Auffassung, daß bei dieser Sachlage die Fernmeldegebühren zu hoch seien. Sie wünschen eine unverzügliche Herabsetzung der Telefongebühren und günstigere Lösungen für die Telefon-Kunden in den künftigen Nahverkehrsbereichen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion haben den Antrag bei den Ausschußberatungen wie folgt beurteilt:

1. Die Haushaltsentwicklung der Deutschen Bundespost sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu übersehen. Nach dem Voranschlag werde zwar ein Gewinn von 2,053 Mrd. DM für 1979 erwartet. Wenn jedoch die geschätzten Betriebseinnahmen von 38 Mrd. DM nur um 5 v. H. geringer als erwartet ausfielen, so entfalle praktisch der Gewinn. Die wirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet, von der die Einnahmen der Deutschen Bundespost abhingen, sei jedoch jetzt noch nicht exakt vorhersehbar. Besonders die Entwicklung auf dem Energiesektor könne zu unvorhersehbaren Auswirkungen auf die Sonderkonjunktur im Fernmeldewesen führen.
2. Die Vorbereitungen für die Einführung der Nahverkehrsbereiche mit über 600 Bauvorhaben zum 1. Januar 1980 seien bereits weit fortgeschritten. Wenn jetzt nachträglich andere als die bisher beschlossenen Regelungen für die Nahverkehrsbereiche eingeführt werden sollten, so würde das zu erheblichen Verzögerungen bei der Einführung und zu zusätzlichen Kosten führen.
3. Im Herbst dieses Jahres werde Klarheit über die Haushaltsentwicklung bei der Deutschen Bundespost bestehen. Insbesondere sei dann eindeutig feststellbar, welcher Betrag insgesamt für Gebührenermäßigungen im Fernmeldewesen zur Verfügung stehe. Die Mitglieder der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion erwarten daher zu diesem Zeitpunkt eine Vorlage der Bundesregierung, in der aufgezeigt werden soll, welche Maßnahmen zur Gebührensenkung dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost vorgeschlagen werden sollen.

Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion haben einer Vertagung der Entscheidung über Gebührensenkungen bis zum Herbst dieses Jahres nachdrücklich widersprochen. Sie vertreten die Auffassung, daß es dem Telefon-Kunden nicht zugemutet werden könne, ein weiteres Jahr lang überhöhte Telefongebühren zu zahlen. Die Haushaltsentwicklung sei ausreichend überschaubar, zumal Risiken besonders durch die Telefonnahbereiche mit Rücklagen und Rückstellungen ausreichend abgedeckt seien.

Der Ausschuß hat daraufhin den Antrag in Drucksache 8/2311 mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Der mitberatende Haushaltsausschuß hat diesem Votum nachträglich zugestimmt.

Bonn, den 14. März 1979

Wuttke

Berichterstatter